

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

NELE KATHARINA WISSMANN

März 2017

www.kas.de/frankreich

Zwischen Reformen und Revolution – Wer hat das Gewinnerprogramm?

AUF EINEN BLICK: KURZ-ANALYSE DER PROGRAMME DER FÜNF FAVORITEN

ZUR FRANZÖSISCHEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL AM 23. APRIL 2017



François Fillon: Wirtschaftsliberal und reformmehrgesig

François Fillon hat sich als Kandidat der Républicains

und des Zentrums in seinem Programm vor allem dem Kampf gegen die Nachwehen der Wirtschaftskrise verschrieben. Als Bewunderer von Margaret Thatcher plant er, das Land mit wirtschaftlicher Entschlossenheit aus den Schulden zu führen und Voraussetzungen für einen dauerhaften Aufschwung zu schaffen. Unter der Überschrift „C'est urgent“ (Das ist dringend) finden sich daher Vorschläge zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, Abbau der Staatsquote, zur Reform des Rentensystems und des Arbeitsrechts. Fillon zielt mit seinen Vorhaben auf zwei wesentliche Probleme, die die französische Wirtschaft lähmen, nämlich die exzessive Rolle der Bürokratie und die fehlenden Anreize zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Er verkörpert damit den größten Reformehergeiz unter den Kandidaten.

Wettbewerbsfähigkeit schaffen und Arbeitslosigkeit senken

Um eine wirtschaftliche Genesung Frankreichs überhaupt in Gang zu bringen, plant Fillon zunächst einen „Wettbewerbschock“ für Unternehmen, der in Form von Steuer- und Abgabenerleichterungen in Höhe von 40 Mrd. Euro die Wirtschaft ankurbeln soll. Die Körperschaftssteuer soll danach schrittweise von 33 auf 25 Prozent gesenkt werden, um die Standortattraktivität des Landes zu erhöhen. Dies soll sich auch positiv auf Frank-

reichs Exportschwäche auswirken, denn Frankreich leidet seit langem unter einem akuten Handelsbilanzdefizit. Gleichzeitig strebt Fillon höhere Investitionen in bestimmte Wirtschaftssektoren an. Ein besonderes Augenmerk legt er dabei auf die französische Industrie. Weg von staatlicher Regulierung, hin zu einem freien Markt will Fillon auch in Sachen Energiepolitik steuern. Das von Atomenergie stark abhängige Land soll sich den erneuerbaren Energien öffnen, wofür Fillon steuerliche Anreize schaffen will. Mit diesen Maßnahmen soll nicht nur der Wettbewerb erhöht, sondern auch Arbeitsplätze geschaffen werden. Immerhin zehn Prozent der Bevölkerung ist arbeitslos, unter Jugendlichen liegt die Quote sogar bei 24 Prozent. Fillon will die bürokratischen Einstellungsprozesse vereinfachen und die Unternehmen bei den Sozialabgaben entlasten, wenn sie junge Menschen einstellen. Fillon verspricht, Familien wieder stärker zu fördern, nachdem die sozialistische Regierung Familienleistungen in den vergangenen Jahren stark gekürzt hatte. Kindergeldzahlungen sollen wieder vom Einkommen der Eltern entkoppelt werden. Außerdem soll es Steuererleichterungen für Arbeitnehmern mit Kindern geben. Private Haushalte will er mit Steuerreduzierungen von insgesamt 10 Mrd. Euro entlasten, was pro Arbeitnehmer 350 Euro im Jahr ausmachen würde. Unter anderem soll damit die Kaufkraft der Franzosen gefördert werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Wachstum hat einen Preis

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

NELE KATHARINA WISSMANN

März 2017

www.kas.de/frankreich

Fillon verfolgt mit seinem Programm ein klares Wachstumsprojekt, ohne jedoch den Preis dafür zu verschweigen. Die Strukturformen sehen vor allem eine Erhöhung der zurzeit bei 20 Prozent liegenden Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte vor. Weiterhin sieht das Programm die Abschaffung der im Jahr 2000 eingeführten 35-Stunden-Woche für den öffentlichen Dienst vor. Im Privatsektor will Fillon Unternehmen und Gewerkschaften in betriebsinternen Verhandlungen die Festsetzung der Arbeitszeit frei überlassen. Franzosen sollen aber nicht nur mehr, sondern auch länger arbeiten: das Renteneintrittsalter will Fillon von 62 auf 65 Jahre erhöhen. Auch im Bereich der öffentlichen Ausgaben heißt die Stoßrichtung: Sparen. Die Staatsausgabenquote will Fillon bis 2022 von derzeit 57 Prozent auf unter 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) drücken, das macht eine Senkung von 100 Mrd. Euro aus. Hierfür will Fillon massiv an den Ausgaben für Staatsbedienstete sparen, die in Frankreich immerhin 20 Prozent der Arbeitnehmer ausmachen. 500.000 Stellen im öffentlichen Sektor will Fillon streichen. Grundsätzlich sollen diese übrigens in private Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden können. Einsparungen sollen außerdem durch eine Verkleinerung der beiden Parlamentskammern erzielt werden. Darüber möchte Fillon die Bevölkerung aber in einem Referendum entscheiden lassen. Hinsichtlich des französischen Haushaltsdefizits versucht Fillon, ein realistisches Bild zu zeichnen: wegen erster Investitionen im Jahre 2017 werde es erst ab 2019 unter die Maastrichter Obergrenze von drei Prozent sinken.

Europa als Thema der Zukunft

Zwar finden sich Fillons europapolitische Forderungen erst auf den letzten Seiten des Programms, das Thema Europa ist jedoch „angesichts der aktuellen Bedrohungen eine der wichtigsten Zukunftsangelegenheiten“ für ihn. Gleich auf mehreren Ebenen soll die EU reformiert werden, deren Konstrukt für Fillon „als Gaullisten nach wie vor auf dem deutsch-französischen Motor“ begründet liege. Als eines der Hauptziele nennt er dabei die Stärkung der Überwa-

chung der Schengen-Außengrenzen durch eine bessere Finanzierung von Frontex und fordert gleichzeitig ein gemeinsames Asylrecht. Fillon präsentiert sich als Erweiterungsgegner und ist auch dagegen, den Bürgern „Freihandelsverträge – namentlich TTIP - aufzuzwingen, die nicht in ihrem Interesse sind“. Stattdessen müsse sich die EU von innen stärken. Dazu gehört auf der Fiskalseite die Schaffung eines gesonderten, kommissionsunabhängigen Generalsekretariats für die Eurozone sowie die Harmonisierung der Unternehmenssteuern. Die EU müsse militärisch für ihre eigene Sicherheit sorgen können, wofür der Ausbau einer gemeinsamen Verteidigungsindustrie unabdingbar sei. Den französischen Verteidigungshaushalt verspricht Fillon bis zum Mandatsende auf zwei Prozent des BIP zu heben. Außenpolitisch gibt sich Fillon russlandfreundlich: Das Land solle wieder ein starker Partner Frankreichs werden. Dazu müssten die Sanktionen gegen Russland – die darüber hinaus der eigenen Landwirtschaft schaden würden – aufgehoben werden.



Benoit Hamon: Radikal und experimentierfreudig

Mit der Wahl von Benoit Hamon zu ihrem Präsidentschaftskandidaten haben

die Sozialisten demonstriert, dass es ihnen nach fünf Jahren sozialistischer Regierung nicht links genug sein konnte. Hamons Programm gründet auf seinem idealistischen Traum einer radikalen Transformation der Gesellschaft und steht damit im Widerspruch zu den moderaten Reformisten unter seinen Parteikollegen wie François Hollande oder Manuel Valls. Hamons utopische Forderungen stehen nach eigenen Aussagen für eine „neue Linke“ und beziehen sich auf Ideen von linken Zukunftsforschern wie dem Amerikaner Jeremy Rifkin, der den Trend einer arbeitsarmen Epoche beschwört. Aus seiner Überzeugung, dass die Arbeitsplätze durch die Digitalisierung verknappen, resultiert die Erkenntnis, dass Arbeit besser verteilt und die Arbeitsdauer daher reduziert werden müsse. Nur so würden Franzosen wieder „Lust auf Zukunft“ bekommen.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

NELE KATHARINA WISSMANN

März 2017

www.kas.de/frankreich

Passend zur Proklamation einer „neuen globalen und komplexen Welt“ soll eine neue Verfassung Grundlage seiner Pläne bilden. Hamon will die VI. Republik ausrufen, die „den Bürger in den Mittelpunkt der politischen Entscheidungen stellt“ und „an kollektive Intelligenz glaubt“. Der Bürger soll mitentscheiden, und zwar direkt. Daher will Hamon den sogenannten „Art. 49-3 Citoyen“ in die Verfassung einbauen, der den Bürgern ab einem Prozent der Wählerschaft ermöglicht, entweder einen Tagesordnungspunkt auf die Agenda der parlamentarischen Debatten zu setzen oder bestimmte Entscheidungen mittels eines Referendums zu treffen. Die Legislaturperiode soll – um langfristige Maßnahmen durchsetzen zu können – auf sieben Jahre verlängert werden. Außerdem sollen die Bürger bei Wahlen die Möglichkeit haben, „leere Stimmzettel“ abgeben zu können, die ab einer bestimmten Anzahl zu einer Neuwahl führen.

Bedingungsloses Grundeinkommen für alle und Robotersteuer

Hamons größtes Projekt und Aushängeschild seiner Kampagne ist das bedingungslose Grundeinkommen, das allen Bürgerinnen und Bürgern langfristig 750 Euro im Monat garantieren soll. Nach eigenen Angaben würde die Maßnahme 40 Mrd. Euro kosten. Führende Ökonomen rechneten jedoch unlängst vor, dass die Kosten sich vielmehr auf 300-400 Mrd. Euro belaufen würden. Das entspricht ungefähr dem kompletten französischen Staatshaushalt. Davon lässt sich Hamon nicht beeindrucken und fordert schlicht mehr Einnahmen durch zusätzliche Steuern. So möchte er unter anderem eine „Roboter-Steuer“ auf den Weg bringen, denn die Automaten seien für den Rückgang der Arbeitsplätze mitverantwortlich. Damit sollen alle mithilfe von Maschinen und Robotern erzielt Gewinne besteuert werden. Dass Frankreich derzeit nur 32.000 Roboter zählt (zum Vergleich: in Deutschland sind 183.000 Roboter installiert) und die Produktionskosten durch eine solche Steuer in die Höhe schnellen würden, scheint für Hamon keine Rolle zu spielen.

Mehr Wettbewerb und Wirtschaftswachstum hält Hamon ohnehin nicht für erstrebenswert, daher ist im Programm auch keine Rede von Maßnahmen gegen den Untergang der französischen Industrie, die von ihren EU-Nachbarn schon vor Jahren abgehängt wurde. Auch von Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA hält der Kandidat nicht viel, was er bereits durch seine Unterstützung der wallonischen Sozialisten, die das Handelsabkommen mit Kanada Abkommen stoppen wollte, demonstrierte. Hamons Wirtschaftspläne, sein geplantes Grundeinkommen wie auch seine Forderung nach mehr Beamten würden das Staatsdefizit ins Unermessliche anwachsen lassen. Doch auch dafür hat er eine Lösung parat: der EU-Stabilitätspakt soll ausgesetzt und der Verteidigungsetat sowie öffentliche Investitionen über 75 Milliarden Euro aus der Maastrichter Defizit-Obergrenze von drei Prozent herausgerechnet werden. Das würde dem Staat nach heutiger Rechnung ein jährliches Defizit von 7,5 Prozent erlauben. Gleichzeitig strebt Hamon eine Allianz mit anderen Staaten an, um ein Moratorium für den europäischen Stabilitätspakt durchzusetzen, damit dieser überarbeitet und die Staatsverschuldung neu verhandelt werden. Hamon argumentiert damit, dass Frankreich die militärische Verantwortung in Europa nach dem Brexit quasi allein trage und dafür nicht bestraft werden solle. Dennoch fordert Hamon eine gemeinsame Verteidigung, so dass Frankreich seine Missionen künftig nicht mehr allein finanzieren muss. Was die Asylpolitik angeht, so tritt er für eine obligatorische Umverteilung von Migranten auf die ganze EU ein und will Asylbewerbern schon nach drei Monaten Arbeitserlaubnisse erteilen.

Weniger und kürzer arbeiten

Während die kurze 35-Stunden-Woche in Frankreich längst als Auslaufmodell gilt, geht Hamon weiter und schlägt nicht nur eine 32-Stunden-Woche vor, sondern möchte auch Unternehmen besteuern, die ihre Angestellten kürzer arbeiten lassen. Auch das den Franzosen heilige Rentenalter mit 62 Jahren bleibt in Hamons Programm prinzipiell unangetastet und soll sogar je nach

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

NELE KATHARINA WISSMANN

März 2017

www.kas.de/frankreich

Grad der Arbeitsbelastung sinken. Außerberufliche Aktivitäten wie Freiwilligenarbeit sollen ebenfalls in die Berechnung des Rentenalters einfließen. Wieviel und wie lange der Franzose arbeitet, soll er also selbst bestimmen können. Das Mitspracherecht der Angestellten fordert Hamon auch bei wichtigen Entscheidungen des Arbeitgebers: Betriebsräten möchte er eine Vetomacht gegen Entscheidungen von Unternehmen ab einer Größe von 2000 Beschäftigten geben und die ohnehin gut aufgestellten französischen Gewerkschaften weiter stärken. Den Mindestlohn will Hamon EU-weit harmonisieren. Dieser soll 60 Prozent des nationalen Durchschnittsgehalts betragen.

Dieserverbot und Energiewende

Gegen den Klimawandel möchte Hamon mit einer Abschaffung des Dieselmotors vorgehen: bis 2025 sollen demnach alle Dieselfahrzeuge von Frankreichs Straßen verschwunden sein, was stufenweise mittels der Streichung aller Diesel-Subventionen erfolgen soll. Auch bei der Energiewende will er keine Zeit verlieren: bis 2025 sollen 50 Prozent der Energie im französischen Energiemix aus erneuerbaren Quellen kommen. Bis 2050 soll der Strom nur noch aus erneuerbaren Energien kommen, was die Schließung sämtlicher Atom-Reaktoren voraussetzt – in einem Land, in dem aktuell 75 Prozent des Stroms aus Atomkraftwerken kommen. Die Finanzierung des 60 Mrd. Euro teuren Umwelt-Projekts würde durch eine erhöhte Mehrwertsteuer auf Produkte mit hoher CO₂-Bilanz gewährleistet werden.



**Emmanuel Macron:
Jung und europäisch**

Der ehemalige Wirtschaftsminister Emmanuel Macron möchte die verkrusteten Strukturen des französischen Systems aufbrechen. Deswegen ist er „en marche“ (in Bewegung) und dies nach eigenen Aussagen jenseits des rechten und linken Lagers. Seine „Revolution“ (so bezeichnet er selbst sein Programm) möchte er in den Bereichen Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Sicherheit und Außenpolitik führen. Auch die demokratische Erneuerung steht ganz oben auf seiner Prioritätenliste. Auf der Su-

che nach neuen Gesichtern schrieb der 39jährige unlängst auf seiner Homepage den Posten „Abgeordneten kandidat“ für die Parlamentswahlen im Juni 2017 aus, auch Franzosen ohne jegliche politische Erfahrungen seien willkommen. Inzwischen hat die Bewegung „En marche“ jedoch vor allen Dingen Zulauf aus dem sozialistischen und zentristischen Lager. Das Wahlprogramm, das er erst sieben Wochen vor dem ersten Wahlgang veröffentlichte, wurde in 3000 lokalen Workshops diskutiert und durch 500 Experten ausgearbeitet. Herausgekommen ist ein 300 Seiten langes Werk mit dem Titel „Mein Vertrag mit der Nation“.

Bildung als Grundbaustein der Nation

Macron glaubt, dass eine grundlegende Reform des Bildungssystems unumgänglich, denn aktuell biete die Französische Republik keine Bildungsgleichheit für seine Bürger; ein Startnachteil insbesondere für die Bevölkerung in den französischen Problem-Banlieues. Gerade in die Grundschulbildung möchte der ehemalige Wirtschaftsminister mehr Geld stecken; in Grundschulen, die in sozial benachteiligten Gebieten liegen, soll die Klassengröße auf 12 Schüler begrenzt werden. Jeder 18jährige soll vom französischen Staat einen „Kulturpass“ in Höhe von 500€ erhalten, mit dem er Kino-, Theaterbesuche und Bücher finanzieren kann. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit möchte Emmanuel Macron das bisher wenig effiziente Ausbildungssystem Frankreichs reformieren und verstärkt in die Ausbildung in und durch Unternehmen investieren.

Vorsichtige Wirtschaftsreformen

Das Wirtschaftsprogramm von Emmanuel Macron sieht vorsichtige Reformen vor, denn als Wirtschaftsminister machte er bereits die Erfahrung, dass die Franzosen sich nicht zu Reformen zwingen lassen. Sein Programm im Wirtschaftsbereich setzt sich wesentlich aus drei Komponenten zusammen: Der Staat soll modernisiert, die Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig und der Arbeitsmarkt reformiert werden. Macron hat vor allen Dingen der Neuverschuldung den Krieg erklärt, diese möchte er bis 2022 auf ein Prozent senken. Gespart werden sollen in den kommenden fünf Jahren rund 60 Mil-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

NELE KATHARINA WISSMANN

März 2017

www.kas.de/frankreich

liarden Euro Staatsausgaben, davon 26 Milliarden beim Staatsbudget, 15 Milliarden bei der Krankenversicherung, 10 Milliarden bei den lokalen Behörden und zehn Milliarden bei der Arbeitslosenversicherung. Er pokert dabei weit unter den Vorschlägen von François Fillon, der im Wirtschaftsbereich weitaus härtere Reformen angehen will. Spricht Fillon von 500 000 Streichungen von Beamtenstellen, beziffert Macron diese Sparmaßnahme auf lediglich 120.000 Stellen. Auch in den Ministerien soll der Rotstift angesetzt werden. Anders als Fillon soll die Arbeitslosenversicherung nach Meinung des ehemaligen Wirtschaftsministers nicht degressiv gestaltet werden, sondern lediglich die Dauer der Leistungen reduziert werden. Es soll jedoch nicht beim Sparen bleiben, um Frankreich zu reformieren. 15 Milliarden möchte Macron in den Energiebereich, weitere 15 Milliarden in Ausbildungen stecken. Unternehmen sollen zusätzlich durch weniger Steuern und Abgaben entlastet werden, so zum Beispiel die Unternehmenssteuer von 33,3 % auf 25% gesenkt werden.

Ein Staat, der schützt

Null-Toleranz heißt das Motto von Emmanuel Macron im Bereich der Sicherheit. Bei der Polizei sollen 10 000 neue Stellen, in den französischen Gefängnissen 15 000 neue Plätze geschaffen werden. Macron ist bewusst, dass die Terroranschläge der vergangenen zwei Jahre die Franzosen stark verunsichert haben. Deswegen schlägt er die Schaffung eines Generalstabs für innere Sicherheit und den Kampf gegen Terrorismus vor, der die Kompetenzen des Innen- und des Verteidigungsministeriums bündelt. 2% des BIP sollen in eine Modernisierung der französischen Armee investiert werden. Der Schutz Frankreichs ist nach Meinung des Pro-Europäers jedoch nur dann gewährleistet, wenn sich alle Mitgliedstaaten der EU solidarisch zeigen. Macron wünscht sich deshalb die Schaffung einer Garde von 500 europäischen Grenzsoldaten, die die europäischen Außengrenzen schützen sollen.

Moralisierung des öffentlichen Lebens

Die Liste der Maßnahmen zur Moralisierung der Politik ist lang und könnte gerade angesichts der diversen Skandale, die den Wahl-

kampf 2017 begleiten, ausschlaggebend für manche Wählerentscheidungen sein. Parlamentariern soll es so verboten werden, zusätzlich zu ihrem Mandat Beratungsleistungen anzubieten, denn nur so könnten Interessenkonflikte eingrenzt werden. War es den Abgeordneten bisher erlaubt, Familienmitglieder einzustellen, will Macron dieser in Frankreich durchaus geläufigen Praxis den Garaus machen. Auch sollen Abgeordnete nur noch drei Mandate in Folge wahrnehmen dürfen. Macron wünscht sich neue Gesichter in der Nationalversammlung, denn nur so kann seiner Meinung nach die in Frankreich omnipräsente Politikverdrossenheit bekämpft werden. Sowohl im Senat als auch in der Nationalversammlung möchte er bis zu ein Drittel der Sitze streichen. Für alle bleibende Mandate soll ab dann gelten: Strikte Geschlechterparität und finanzielle Abmahnung für Parteien, die diese Regelung nicht beachten.

Der „letzte Europäer“

Als heuchlerisch bezeichnet Macron in seinem Wahlprogramm die Positionen der anderen Kandidaten zu Europa. Denn während die einen seiner Meinung nach das Europa kritisieren, dessen Verträge sie selbst ausgehandelt haben, würden andere den Austritt Frankreichs aus der EU als Allheilmittel für die Krise in Frankreich bewerben. Für Macron gibt es hingegen nur einen Weg: Zuerst muss Frankreich seine Wirtschaft durch strukturelle Reformen wieder in Schwung bringen, denn nur so kann das Land wieder die Budget-Regeln Europas und insbesondere die Maastricht-Kriterien respektieren. Doch auch Europa soll reformiert werden und sich von einer bürokratischen Blase hin zu einem Europa entwickeln, das die Bürger schützt und auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet ist. Konkret heißt das für die Bewegung „En marche“: Ausstattung der Eurozone mit einem eigenen Budget, das durch Wirtschafts- und Finanzminister der Eurozone verwaltet wird; Schaffung eines Digital- und Energiebinnenmarktes und Weiterentwicklung eines „Europas der Verteidigung“ durch die Schaffung eines Verteidigungsfonds und eines europäischen Kommandos. Um Europa auch den Bürgern wieder näher zu bringen, möchte Emmanuel Macon das Programm

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

NELE KATHARINA WISSMANN

März 2017

www.kas.de/frankreich

Erasmus auch für Auszubildende zugänglich machen und sogenannte Bürger-Konventionen in ganz Europa initiieren.



Jean-Luc Mélenchon:
antiliberal und ökosozialistisch

Jean-Luc Mélenchon gibt sich im Programm seiner Bewegung „La France insoumise“ (dt: das sich nicht unterwerfende Frankreich) wie erwartet antikapitalistisch und revolutionär. Er recycelt viele seiner Forderungen aus seiner Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2012, verzichtet jedoch auf die gewohnte Klassenkampfrhetorik. Als selbsternannter „einziger wahrer Vertreter der Linken“ möchte er die „präsidiale Monarchie mit ihren Hintertürscheidungen“ beenden, und wirbt als Anwalt der VI. Republik daher für eine neue Verfassung, die dem Bürger eine aktivere Teilnahme an der Politik gewährt. Einige von Mélenchons Forderungen, wie die nach einem „solidarischen Protektionismus“ oder der „Neuordnung der EU“ könnten auch von Marine Le Pen stammen, jedoch wünscht er sich weder ausdrücklich einen Austritt aus der EU noch vertritt er ausländerfeindliche Ansichten.

VI. Republik

Frankreich müsse die „beherrschende Oligarchie loswerden“, weshalb Mélenchons Programm zunächst verspricht, dem Land eine neue Verfassung zu geben und damit die VI. Republik auszurufen. Zunächst müsse dabei das Demokratieverständnis auf ein neues Fundament gestellt werden, denn die Demokratie brauche definitionsgemäß eine aktive Beteiligung des Bürgers. Daraus resultieren Mélenchons Forderungen nach einer Senkung des Wahlalters, der Einführung des Verhältniswahlrechts, dem Recht, Abgeordnete abzuwählen, regelmäßigen Volksbefragungen und -entscheiden, uneingeschränkter parlamentarischer Transparenz sowie dem Verbot der Lobbyarbeit. Eine Art Bürgerversammlung soll durch Losverfahren berufen werden und das Parlament ersetzen. Die zweite Kammer, den Senat, gilt es hingegen abzuschaffen. Die Freiheit der Medien soll durch eine Transformation der Privatmedien in Kooperative garantiert wer-

den. Ein „Conseil national des médias“ soll als staatsbürgerliches Kontrollorgan die Pluralität der Meinungen überwachen. Vor allem die „Sondokratie“, die oft schamlose Meinungsmache mit Umfragen, sei zu bekämpfen.

Die „Finanzrevolution“

Sein radikaler Reformismus spiegelt sich auch im Finanzteil seines Programms wieder. Die französische Wirtschaft muss wieder auf die Beine gestellt werden, daher plant Mélenchon zunächst ein 100 Mrd. Euro schweres staatliches Investitionsprogramm. Schlüsselunternehmen sollen danach aber schrittweise re-nationalisiert, Rüstungskonzerne grundsätzlich in staatlicher Hand bleiben. Die bisherigen Steuererleichterungen für Unternehmen im Wert von 41 Mrd. Euro jährlich sollen diese an die Pflicht koppeln, die Energiewende zu finanzieren. Auf diese Weise, so Mélenchon, würde Frankreich bis 2050 den Atomausstieg stemmen und seinen Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien gewinnen können. Geld sei genügend da, es werde bloß im Besitz von Wenigen gehalten, anstatt dem Allgemeininteresse zu dienen. Daher schlägt Mélenchon vor, alle Jahresgehälter ab einer Höhe von 400.000 Euro im Jahr zu 100 Prozent zu besteuern. Die Mehrwertsteuer auf Produkte von lebenswichtiger Notwendigkeit will er senken, während man für Luxusprodukte eine höhere Steuer zahlen soll. Damit könne er als Präsident die sozialen Anliegen der Gesellschaft finanzieren: eine volle Rente ab 60, die 32-Stunden-Woche bei sechs Wochen bezahltem Urlaub im Jahr, ein 20-prozentiger Anstieg des Mindestlohns. Wer seine Mitarbeiter Überstunden machen lässt, soll übrigens auch besteuert werden.

Europa: „Solidarischer Protektionismus“

Mélenchon steht für das Ende jeglicher Austeritätspolitik und wirbt für eine „demokratische Erneuerung“ der Europäischen Verträge. Diese sollen gemäß seines „Plans A“ insbesondere in Bezug auf die Defizitregeln und eine gemeinsame Fiskal- und Sozialpolitik neu verhandelt werden. Die EZB müsse auch an europäische Staaten Kredite zum Zinssatz von einem Prozent gewährleisten, wie sie es bei den Banken tut. Im Falle des

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI
TATJANA SARANCA
NELE KATHARINA WISSMANN

März 2017

www.kas.de/frankreich

Scheiterns der Verhandlungen fordert er den Plan B: eine Abstimmung über den Austritt Frankreichs aus der EU. Die Globalisierung, so Mélenchon, sei für die gesellschaftliche Schere zwischen Entwicklungs- und Industrieländern verantwortlich, weshalb eine Abkehr von allen Freihandelsabkommen, sondern auch den G7- und G20-Formaten notwendig sei. Stattdessen müsse man sich zurück auf seine heimische Wirtschaft besinnen, um so zur „gemeinsamen weltweiten Entwicklung“ beizutragen. Frankreich soll außerdem aus der NATO austreten und dafür mehr Einfluss in der UNO ausüben. Russland gegenüber soll die Politik „ausgeglichen“ werden. Mit China wolle sich Mélenchon zusammenschließen, um der dominierenden Rolle des „Dollar“ in der Weltwirtschaft ein Ende zu setzen. Die Fluchtursachen sollen mit einer Erhöhung der Entwicklungsgelder auf 0,7 Prozent des BIP beseitigt werden. Mélenchon ist außerdem für mehr Aufnahmelager in Frankreich und das Aufenthaltsrecht auch für illegale Flüchtlinge („sans-papier“).



Marine Le Pen: Protektionistisch und nationalistisch

Das Wahlprogramm des Front National präsentiert sich wie erwartet protektionistisch, populistisch und nationalistisch. Zu den wichtigsten Projekten gehört die „Wiederherstellung von Frankreichs „nationaler Souveränität“,“ notfalls mithilfe einer Verfassungsänderung. Die Forderung „Frankreich zuerst!“ erinnert an die Wahlkampfretorik von Donald Trump und zieht sich durch die 144 Vorschläge des Programms, das sich wie eine Geschenkliste lesen lässt, welche sich allerdings ausschließlich an Franzosen richtet. Wie auch in ihren Reden ist ihr Programm eher darauf ausgerichtet, Begriffe zu besetzen, als sie zu erklären. Daher erscheinen ihre Vorschläge oft ohne Zusammenhang, mitunter inhaltslos und unbegründet.

Verbleib in der EU soll neu verhandelt werden

Den Verbleib Frankreichs in der EU wird der FN von etwaigen Verhandlungen mit den

anderen EU-Mitgliedstaaten abhängig machen. Dabei will Marine Le Pen die Rückübertragung von „vier Souveränitätsrechten“ an Frankreich aushandeln: Geldpolitik, Gesetzgebung, Haushalts- und Wirtschaftspolitik sowie Grenzen. Sollten die anderen Mitgliedstaaten ihre Forderungen über eine Neuausrichtung der EU nicht akzeptieren, werde Le Pen das französische Volk nach dem britischen Vorbild mit einem Frexit-Referendum vor die Wahl stellen. Was wie eine Option klingt, ist tatsächlich reines Kalkül, denn Le Pen weiß sehr wohl, dass die Mehrheit der Franzosen (70 Prozent) gegen einen Austritt Frankreichs aus der EU ist. Ginge es jedoch nur nach der FN-Chefin, soll Frankreich das „Bürokratiemonster EU“ sofort verlassen und am besten direkt zum Franc zurückkehren. Das wird an auffällig vielen Stellen deutlich, wie der vagen Absicht den „unnötigen öffentlichen Ausgaben ein Ende zu setzen, vor allem für die EU und die Migrationspolitik.“ Klar ist, dass ihre Pläne einer Aufkündigung des deutsch-französischen Bündnisses gleichkämen. Dieses findet jedoch im Programm keine Erwähnung, denn auch den Bruch mit Deutschland wünschen sich nur wenige Franzosen.

Franzosen zuerst

In mehreren französischen Gesetzen soll das Prinzip der „nationalen Priorität“ verankert werden. Franzosen sollen den Vorzug beispielsweise bei Arbeitsplätzen und Sozialwohnungen erhalten. Die europäische Arbeitnehmerfreizügigkeit will Le Pen mit einer Steuer auf Arbeitsverträge von (EU-) Ausländern unterbinden. Gleichzeitig will der FN die Einwanderung nach Frankreich – nicht zuletzt durch die Schließung der Landesgrenzen – massiv einschränken. Überhaupt ist der Zuwanderungsstopp – wie auch schon bei vorangegangenen Wahlen – eines der Kernthemen des FN. Konkret soll das Migrationsaldo, also Einwanderung minus Auswanderung, von derzeit rund 40.000 pro Jahr auf 10.000 gesenkt werden. Ausländer ohne Aufenthaltsgenehmigung sollen leichter abgeschoben werden, die Erlangung der französischen Staatsbürgerschaft soll durch die Umwandlung des Geburtsortsprinzips (ius soli) ins Abstammungsprinzip (ius sanguinis) erschwert werden. Auch die dop-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI
TATJANA SARANCA
NELE KATHARINA WISSMANN

März 2017

www.kas.de/frankreich

pelte Staatsbürgerschaft soll (für EU-Ausländer) abgeschafft werden – ein Umstand, der etwa 3,3 Millionen Franzosen betreffen würde. Stattdessen sollen die Franzosen wieder stolz auf sich sein, nicht nur auf ihre Herkunft, sondern auch auf ihre Erregenschaften, weshalb der FN vorschlägt, die Geschichte Frankreichs in Schulbüchern „positiv“ umzuschreiben.

Wirtschaftsprotektionismus

Aus der andauernden Wirtschaftskrise soll Frankreich mit „intelligentem Protektionismus“ herausgeführt werden. „Wirtschaftspatriotismus“ nennt der FN das diskriminierende Vorgehen, bei dem heimische Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen bevorzugt und damit vor der ausländischen Konkurrenz geschützt werden sollen. Auf Freihandelsverträge (TTIP, CETA, etc.) will sich Le Pen gar nicht erst einlassen. Importierte Waren und Dienstleistung sollen außerdem mit einer Sondersteuer von drei Prozent belegt werden. Mit diesem Geld soll eine Prämie für Geringverdiener und Rentner finanziert werden - zwei wichtige Zielgruppen des Front National.

Anti-Terror-Kampf

Im Kampf gegen den Terror verfolgt der FN eine „Null-Toleranz-Politik“: So sollen ausländische Straftäter automatisch und sofort abgeschoben werden, Moscheen mit radikalen Predigern geschlossen werden. Durch die Einstellung von 15.000 zusätzlichen Polizisten, will Le Pen problematische Vorstädte, die sog. Banlieues, „entwaffnen“. Für die Straftäter will sie zudem 40.000 neue Gefängnisplätze bauen lassen.

Außen- und Verteidigungspolitik

Als Verfechterin der nationalen Solidarität will Le Pen Frankreich um jeden Preis vor der internationalen Einmischung in nationale Angelegenheiten schützen. Sie plädiert daher nicht nur für einen Austritt aus der EU, sondern auch aus der NATO, damit Frankreich „nicht in Kriege hineingezogen werde, die nicht die seinigen seien“, heißt es im Programm. Schließlich – so Le Pen - hätten diese Mitgliedschaften Frankreich als militärische und außenpolitische Macht ge-

schwächt. Stattdessen will der FN aufrüsten: nicht nur mehr Waffen, sondern auch 50.000 zusätzliche Soldaten soll die französische Armee bekommen. Bis zum Ende der Amtszeit soll das Verteidigungsbudget für deren Finanzierung dann bei drei Prozent des BIP liegen. Außenpolitisch will der FN den Zusammenschluss mit natürlichen Verbündeten suchen, die die „französischen Werte“ teilen, was aus der Sicht von Le Pen gesehen einen Hinweis darauf gibt, dass damit nicht Deutschland, sondern Russland und die frankophonen afrikanischen Staaten gemeint sind.

Eine Hintertür bei der Todesstrafe

Die Befürwortung der Todesstrafe durch den FN findet zwar keine Verankerung im Wahlprogramm. Jedoch will sie bei besonders schweren Straftaten lebenslange Gefängnisstrafen ohne Aussicht auf Haftentlassung einführen. Eine Hintertür für die 1981 abgeschaffte Kapitalstrafe findet sich allerdings im Vorschlag sogenannter „Volksinitiativen“, was eine Anregung für die Bevölkerung darstellt, auf diesem Wege eine Rückkehr zur Todesstrafe beschließen zu können.

Bildnachweise: François Fillon (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Fran%C3%A7ois_Fillon_2010.jpg); Benoit Hamon (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Beno%C3%AEt_Hamon_-_janvier_2000.jpg); Emmanuel Macron (https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/aa/Emmanuel_Macron_%282017.jpg); Jean-Luc Mélenchon ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jean-Luc_M%C3%A9lenchon_\(Place_au_Peuple\)_001_\(red%C3%A9coup%C3%A9\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jean-Luc_M%C3%A9lenchon_(Place_au_Peuple)_001_(red%C3%A9coup%C3%A9).jpg)); Marine Le Pen (https://en.wikipedia.org/wiki/Marine_Le_Pen);
Quellen der Programme :
François Fillon: <https://www.fillon2017.fr/projet/>
Benoit Hamon: <https://www.benoithamon2017.fr/2017/03/16/mon-projet-pour-faire-battre-le-coeur-le-coeur-de-la-france/>
Emmanuel Macron : <http://www.en-marche.fr/emmanuel-macron/le-programme>
Jean-Luc Mélenchon : <https://laec.fr/sommaire>
Marine Le Pen : <http://www.frontnational.com/le-projet-de-marine-le-pen/>